



Flucht, Asyl, Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit

Ein Blick in unser Nachbarland Österreich

Österreichs Innenminister zweifelt Rechtsstaat an.

Quelle: Oberhessische Presse, Online-Veröffentlichung am 23.01.2019

URL: <http://www.op-marburg.de/Mehr/Welt/Politik/Kickl-Oesterreichs-Innenminister-zweifelt-Rechtsstaat-an>

Auch die österreichische Verfassung bindet die gesamte staatliche Verwaltung an Recht und Gesetz. Wenn es hart auf hart kommt, schert das Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) allerdings nicht. Er hat sich Asylbewerber als Intimfeinde auserkoren und möchte sie möglichst schnell abschieben. Von ihm so genannte „alte Gesetze“ und insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention stehen dabei im Wege. Ohne Rücksicht darauf möchte er „tun, was nötig ist“. Sein Credo in einem TV-Interview: „Ich glaube immer noch, dass der Grundsatz gilt, dass das Recht der Politik zu folgen hat und nicht die Politik dem Recht.“

Und das kommt dabei heraus:

Ablehnung eines Asylantrags trotz preisgekrönten ehrenamtlichen Engagements

Quelle: Christian Bunke am 21.01.2019 in der Online-Ausgabe der Wiener Bezirkszeitung

URL: https://www.meinbezirk.at/wien/c-lokales/bock-for-you-preis-fuer-asylwerber_a3157365

Ein Wiener Flüchtlingsprojekt ist nach der verstorbenen Flüchtlingshelferin Ute Bock benannt. An Menschen in laufenden Asylverfahren, die sich in sozialen Projekten auf vorbildliche Weise ehrenamtlich engagieren, verleiht es den Preis „Bock for You“. Diesjähriger Preisträger ist der Iraker Asaad Al Zaidi, der im Ute Bock Bildungszentrum Übersetzungen, Rezeptionsdienst und administrative Tätigkeiten durchführt. Vorher hat er schon ebenfalls ehrenamtlich für den Arbeitersamariterbund gearbeitet. Die Entscheider im Asylverfahren kümmert das nicht. Der Asylantrag ist abschlägig beschieden worden. Und auch das Preisgeld in Höhe von € 500.- konnte das Flüchtlingsprojekt nur auf Umwegen an den Mann bringen. Es musste in Form von Wertgutscheinen für den täglichen Einkauf ausbezahlt werden. Die Übergabe von Bargeld wäre unzulässig gewesen.

Nicht nur die blaue Parteifarbe der Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ erinnert an die deutsche AfD. Auch die Themen der politischen Propaganda ähneln sich. Es geht hauptsächlich gegen Migrant*innen und Asylbewerber*innen. Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit sind demgegenüber offenbar zweitrangig. Ein Blick auf die Homepage bestätigt das: <https://www.fpoe.at/>. Die ÖVP, österreichisches Pendant zu CDU/CSU, hält die FPÖ für koalitionsfähig. Hoffen wir, dass diese Einschätzung in Deutschland nie Schule macht!